

Notizen zur Kunst

Nr. 6

Februar 2009

Was Berlin braucht, ist eine Kunsthalle des Dialogs, der Freiheit der Kunst verpflichtet, also eine unabhängige, pluralistisch ausgerichtete und demokratisch organisierte Kunsthalle.

Deshalb setzt sich die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di für eine Kunsthalle ein, die vom Land Berlin verantwortet, mit einem Etat versehen und ausfinanziert ist. Wir wollen eine Kunsthalle, die demokratisch, d.h. unter Beteiligung der Interessensvertretungen der Künstler und Künstlerinnen organisiert wird. Ein entsprechender Beirat muss das inhaltliche und organisatorische Zentrum dieser Kunsthalle sein.

Nur so wird eine Kunsthalle entstehen, die einen pluralistischen Ansatz verfolgt und ein erstes Korrektiv zum spekulativen Kunstmarkt darstellt. Eine Kunsthalle muss das Werk der Berliner Künstlerinnen und Künstler sein.

Gotthard Krupp, Mai 2008

Impressum:

Die Notizen zur Kunst erscheinen unregelmäßig.

Für den Inhalt ist der jeweilige Unterzeichner verantwortlich. Kritik und Nachdruck (mit Quellenangabe & Belegexemplar) erwünscht.

Bestellungen an folgende Adresse:

Gotthard Krupp, Knesebeckstr.98, 10623 Berlin

Oder Fax 030 -31 31 662; GotthardKrupp@t-online.de

Bitte dazu schreiben, ob per Mail oder Post gesandt werden soll.

Die Herausgabe und Versand kosten natürlich, also Spenden je nach

Möglichkeiten auf das Konto:

Gotthard Krupp-Boulboulé; Deutsche Bank 24 AG

BLZ 100 700 24 ; Kto.Nr. 462 407 800

Kontakt:

Gotthard Krupp, Knesebeckstr.98, 10623 Berlin

Atelier: Goethestr. 2-3; 10623 Berlin

Tel 030 -31 31 659; Fax 030 -31 31 662; GotthardKrupp@t-online.de

www.oelbilder-gotthard-krupp.de

Ein guter Ruf lässt sich schneller verlieren als gewinnen Diskussion mit den Abgeordnetenhausfraktion zur Lage der Bildenden Kunst in Berlin

Die Anhörung des Wirtschaftsausschuss zur Lage der Bildenden Kunst hat den Widerspruch zwischen dem Boom auf dem Kunstmarkt einerseits und der prekären Lage der Künstler andererseits deutlich gemacht. Und es scheint so, dass das Handeln des Landes aber auch der Bezirke dazu führt, diesen Widerspruch zu verschärfen, anstatt ihm entgegenzutreten.

„Kunst ohne Künstler“ – also die Förderung von institutionellen Vertretern der Kunst (wie Museen, Galeristen usw.) und die gleichzeitige „Nicht“ - Förderung der Künstler scheinen die Wirtschaftspolitik Berlins zu prägen.

Unbestritten war in der Diskussion im Wirtschaftsausschuss, dass Berlin in den letzten Jahren zu einer internationalen Metropole der Bildenden Kunst aufgestiegen ist. Diesen Ruf wird Berlin ganz schnell verlieren, wenn es nicht investiert, und zwar dort, wo die Kunst entsteht, bei den bildenden Künstlern.

Die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di hat vor diesem Hintergrund Gespräche mit den wirtschafts- und kulturpolitischen Sprechern aller Abgeordnetenhausfraktionen geführt. Dabei ging es darum, die Positionen der Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di vorzustellen.

Betont hat die Fachgruppe zunächst, dass die notwendige Freiheit der bildenden Kunst auch die Freiheit vom Markt verlangt. Das gilt umso mehr, als der spekulative Charakter des Kunstmarktes selber die Kunst bedroht. Die Kultur- und Wirtschaftspolitik des Senats und des Landes entwickelt kein Gegenmodell zum spekulativen Kunstmarkt.

So ist die materielle Grundlage für die Entfaltung der Freiheit der Kunst bedroht und damit wird die Kunst selber in dieser Gesellschaft in Frage gestellt.

Im Großen und Ganzen haben die Abgeordneten aller Fraktionen uns zugestimmt. Aber wir sind in den Gesprächen nicht allgemein geblieben, sondern haben konkrete Vorschläge für die Veränderung der Politik gemacht.

Ziel ist ein Aktionsprogramm für die Berliner Bildenden Kunst, welche folgende Vorschläge umfasst:

- Kunsthalle Berliner Kunst schaffen
- Messe-Förderungsprogramme für Berliner Künstler öffnen
- Förderprogramme für Selbstständige und Klein- und Mittelbetriebe für KünstlerInnen öffnen
- Ausstellungsvergütung & Ausstellungshonorare für bildende KünstlerInnen schaffen
- Messe für Berliner KünstlerInnen gründen

Unter dem Titel „Kunstinvasion“ wurde für zwei Tage die Blumengroßmarkthalle gegenüber dem jüdischen Museum in eine provisorische Kunsthalle umgewandelt. Circa 70 Künstler und Künstlerinnen zeigten ihre Werke, ausgewählt von einer Jury aus circa 400 Bewerberinnen und Bewerbern.

Gezwungenermaßen war diese private Initiative allein auf den großen „kostenlosen“ Arbeitseinsatz von KünstlerInnen und auf Sponsorengelder angewiesen. Letztere durften sich dafür auch im Programmheft verewigen. Und der wichtigste Sponsor, - in Berlin kein Unbekannter - Hans Wall, Aufsichtsratsvorsitzende der Wall AG, schreibt dann auch in seinem Grußwort, dass der „zivilgesellschaftlichen Ansatz“ der Initiative zu begrüßen sei. Die Verantwortung des Staates und die Frage der öffentlichen Förderung von Kunst wird dagegen nicht thematisiert.

Die vielbesuchte Ausstellung und die zahlreichen Diskussionen verdeutlichen, wie sehr Berlin eine Kunsthalle braucht. Wenn der Blumengroßmarkt 2010 umzieht, ist hier ein interessanter Ort für eine Kunsthalle gefunden.

Noch notwendiger zeigte sich aber auch, wie sehr Berlin eine Diskussion über die Art und Weise, wie eine Kunsthalle zu gestalten sei, braucht. Wird eine neue Kunsthalle ein Element für die Entfaltung der Freiheit der Kunst sein, oder nur ein weiterer Ort, der als Durchlauferhitzer für den spekulativen Kunstmarkt dient! Was Berlin nicht braucht, sind noch mehr Orte, die den Verwertungsstrategien von sogenannten „Kunstinvestoren“ unterworfen sind. Das muss sich auch in einem pluralistischen Ansatz ausdrücken. Bei der „Kunstinvasion“ überwog fast vollständig die Video-Kunst und Werke aus der Konzept-Kunst. Ein pluralistischer Ansatz muss anders aussehen.

Die Förderung von institutionellen Vertretern der Kunst (wie Museen, Galeristen usw.) und die „Nicht“-Förderung der Künstler scheinen auch weiterhin nicht nur die Kulturpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik Berlins zu prägen.

Das wird gerade heute angesichts der Wirtschaftskrise fatalere Folgen haben. Ob Berlin dann noch den Ruf als „Zentrum der Bildenden Kunst“ verteidigen kann, ist unwahrscheinlich. Die materielle Basis für die Bildende Kunst in Berlin ist bedroht.

Gotthard Krupp, Februar 2009

Eine Berliner Kunsthalle für die Freiheit der Kunst!

Mit der von den Berliner Künstlerinnen und Künstler selbstverwalteten und unjurierten „Freien Kunst Ausstellung“ verschwand auch die Berliner Kunsthalle Anfang der 90er Jahre. An die Stelle trat z.B. das Art-Forum, eine Vielzahl von Galerien und nach und nach dominiert der Spekulationsmarkt immer mehr und mehr die Berliner Kunstszene. Nun wird es eine bis zum Bau des Berliner Stadtschlusses provisorische Kunsthalle namens „white cube“ geben. Entscheidend ist die private Finanzierung. Das Land Berlin hält sich vornehm zurück. Es ist wie überall, das Geld regiert die Kunst. Eine Kunst, die unabhängig vom Spekulationsmarkt ist, wird kaum noch sichtbar. Freiheit der Kunst, ein Relikt aus alter Zeit.

Vor diesem Hintergrund ist die Aktion der „Initiative Berliner Kunsthalle“ bemerkenswert und ausdrücklich zu begrüßen.

Zur Konkretisierung dieser Vorschläge in Regierungshandeln schlägt die Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di die Einberufung einer wirtschafts- und kulturpolitischen Konferenz der Bildenden Kunst in Berlin vor. In einem Diskussionspapier hat sich ver.di nunmehr mit diesen Vorschlägen erneut an die Abgeordneten gewandt und wird die Gespräche fortsetzen.

Gotthard Krupp, Berlin, 8.1.2008

Der neue Kulturwirtschaftsbericht des Landes Berlin: Ein Kurswechsel findet nicht statt

Druckfrisch, in schönen Farben liegt er vor mir, der Kulturwirtschaftsbericht des Landes Berlin. Auf 176 Seiten sollen die Entwicklungen und Potentiale analysiert werden. „Kreativität braucht die Stadt. Nicht die fertige und satte Stadt, sondern die Nischen und Brüche, den Dialog der Kulturen, den Reiz des Übergangs. Das bietet Berlin und macht seine Faszination aus.“ Wunderschöne Worte, doch in welche Nischen und Brüche fallen die Künstler?

Selbstverständlich fällt zunächst der Blick auf die Bildenden Künstler. Durch die neue Gliederung fällt der Vergleich zum letzten Bericht schwerer.

Das Kapitel zur Bildenden Kunst ist schmaler, aber er wartet mit zwei neuen Erkenntnissen auf:

- „Im Zentrum des Kunstmarktes stehen die Bildenden Künstlerinnen und Künstler, zu denen neben Galerien (!) u.a. Maler, Bildhauer und Installationskünstler gehören.“(S. 51) Wer hätte das gedacht. Für Kunst braucht es tatsächlich – man achte auf das „u.a.“ – Maler, Bildhauer und Installationskünstler.
- „60 % der Bildenden Künstlerinnen und Künstler gaben in einer DIW-Befragung an, sich in Produzentengalerien oder Internetplattformen selbst zu vermarkten.“ Nun im Bericht des DIW heißt es, dass 60 % der Bildenden Künstler den Verkauf „über das eigene Atelier organisiert“. Auf die Tatsache, dass die meisten Künstler sich selbst vermarkten, hat die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di in Gesprächen mit den Abgeordneten und der Senatsverwaltung immer hingewiesen. Umso dankbarer sind wir, dass sich diese Erkenntnis, wenn auch nicht vollständig, nun sogar bis zur Senatsverwaltung herumgesprachen hat.

Bisher konnte man immer der Meinung sein, dass eine falsche Analyse eine falsche Politik nach sich zieht und aus der tatsächlichen Erfassung der Realität eine neue Politik folgen wird. Der Senat beweist aber in seinem Bericht trefflich, dass eine richtige Analyse noch lange kein Garant für eine richtige Politik ist.

So wird jeder enttäuscht, der erwartet hat, dass der Senat seine neue Erkenntnis in eine neue Wirtschaftsförderungspolitik gießt. Bei den im Bericht vorgestellten Projekten handelt es sich erneut um Beispiele der schon immer geförderten Projekte des spekulativen Kunstmarktes reduziert.

Genannt wird das Art Forum und die darum organisierten verschiedenen Ausstellungen und Messen. „White Cube“ wird genannt und die diversen Internet-Plattformen und es wurde auch der Vorschlag des Landesverbandes Berliner Galerien aufgenommen, einen Fonds „Bildende Kunst“ zur Stimulierung des Kunstkaufs, „mittels spezieller Darlehen“, zu schaffen.

An der Realität der meisten Bildenden Künstler geht so der Kulturwirtschaftsbericht erneut vorbei.

Wie formulierte es Staatssekretär Volkmar Stauch so schön in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses zur „Bildenden Kunst“: „Wir fördern indirekt den Käufer, den Vermittler, den Händler, die Galerie, weil der Künstler sehr viel schwieriger zu fördern ist.“ Warum eigentlich? Die Vorschläge der Fachgruppe Bildende Kunst liegen vor. Was ist mit den Messe- und Ausstellungsförderprogrammen für Berliner Künstlerinnen und Künstler, Ausstellungvergütung und Ausstellungshonoraren, eine öffentliche Kunsthalle, vom Land Berlin verantwortet, einer Kunsthalle, die einen pluralistischen Ansatz verfolgt?

Der Bericht zeigt: Es bleibt dabei: „Kunst ohne Künstler“.